

**Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung
2027/2028 der Landeshauptstadt Düsseldorf
durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Stephan
Keller in der Sitzung des Rates, 24. September
2026, 9.00 Uhr, Rathaus, Plenarsaal**

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir legen Ihnen heute den Entwurf für den Haushalt
für die Jahre 2027 und 2028 vor.

Ich komme direkt zu den Zahlen.

Unser Haushaltsvolumen beträgt in 2027 4,36 und in
2028 4,4 Milliarden €. Die Erträge liegen bei 3,97
beziehungsweise 4,04 Milliarden €.

Daran sehen Sie: zwischen dem, was wir ausgeben
werden und dem, was wir einnehmen, klafft eine
Lücke von knapp 400 Millionen €. Unter
Berücksichtigung des globalen Minderaufwands heißt
das: wir gehen von Defiziten von circa 300 Millionen €
per annum aus.

Diese Zahlen sind bereits das Ergebnis mehrerer Konsolidierungsrunden, sowohl vor dem Haushalt 2026 als auch aktuell. Gegenüber dem Volumen der Anmeldungen haben wir das Volumen der Ausgaben erheblich reduziert. Gegenüber der mittelfristigen Planung, die sie im März 2026 beschlossen haben, haben wir ebenfalls Verbesserungen erzielt.

„Verbesserungen“ ist in der Sprache der Haushaltsaufstellung der Begriff für Sparen oder Einnahmen erhöhen.

Bereits mit dem Haushalt für 2026 haben wir einen echten Paradigmenwechsel vollzogen. Ungefähr ein Vierteljahrhundert lang haben wir Politik als eine Verteilung des Zuwachses verstehen dürfen. Jetzt müssen wir uns um eine Verteilung des „Weniger“ kümmern.

Fest steht: wir können auf Dauer nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Jeder von uns kennt das aus der eigenen Lebensführung. Ich frage mich manchmal, warum viele Menschen offenbar glauben, dass das für die Stadt nicht gelten soll. Anders kann

ich mir nicht erklären, warum die Wünsche nach Leistungsausweitungen oder neuen Projekten immer noch vorgetragen werden. Oder nach dem Sankt-Florians-Prinzip argumentiert wird: Sparen, okay, aber nicht bei mir.

Manch einer protestiert auch bereits gegen Kürzungen, die noch gar nicht stattgefunden haben.

Lassen Sie uns einen nüchternen Blick auf die Zahlen werfen:

Wir haben es geschafft, trotz steigender Kosten, das Gesamtvolumen der Ausgaben nicht nur konstant zu halten, sondern sogar leicht zu reduzieren (43 Mio € ggü Plan 2026). Das ist bei steigenden Bedarfen bereits ein echter Kraftakt.

Das bedeutet aber lediglich, dass wir zwar eine Trendwende eingeläutet haben, aber der schwierigste Teil des Weges noch vor uns liegt.

Was haben wir bisher erreicht?

Wir haben den Aufwuchs der Personalkosten gestoppt.

Wir konzentrieren unsere Investitionstätigkeit auf die unabweisbaren Bedarfe.

Wir überprüfen unsere freiwilligen Aufgaben kritisch.

Wir steigern die Effizienz unserer Pflichtaufgaben.

Wir vermeiden künftige Belastungen. (Oper + TVG)

Meine Damen und Herren,
ich weiß, dass mit der Einbringung des Haushaltes das politische Spiel beginnt, die echten oder vermeintlichen Grausamkeiten des Haushaltes zu finden.

Wenn sie objektiv und mit Fairness an diesen Haushalt herangehen, werden Sie diese nicht wirklich finden.

Ich möchte den Fokus darauf legen, Ihnen zu zeigen, was dieser Haushalt alles möglich macht. Denn trotz der schwierigen Zeiten werden wir auch in den nächsten zwei Jahren fast 4,4 Milliarden € zum Wohle der Menschen in dieser Stadt ausgeben.

Die Theodor-Heuss-Brücke

Der Brandschutz in U-Bahnen

Der Hochwasserschutz

Feuerwachen

Schulen

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte

Oper, Tonhalle, NRW-Forum

Die neue Einrichtung an der Eisenstraße.

Alles das werden wir möglich machen.

18 Schulen mit einem Volumen von 203 Millionen.

2 Kitas mit einem Volumen von 11 Millionen.

5 Sportmaßnahmen mit einem Volumen von 30 Millionen, darunter der Neubau des Hallenbades Unterrath.

Weiter:

Hochwasserschutzmaßnahmen mit einem Volumen von 35 Millionen.

Feuerwachen mit einem Volumen von 19 Millionen.

Straßen mit einem Volumen von 126 Millionen.

Radwege mit einem Volumen von 27 Millionen.

Alles das finden Sie in diesem Haushalt.

Der Rahmenvertrag mit der Liga Wohlfahrt bleibt als wichtiges Instrument erhalten.

Die Rahmenverträge mit der freien Szene bleiben auf dem Niveau, dass Sie im März beschlossen haben.

Die freie Szene im Kulturbereich möchte ich exemplarisch hervorheben. Wir können angesichts der ungewissen Entwicklung in keinem Haushaltsbereich Garantien für die Zukunft geben. Aber wir sollten uns leiten lassen von Pragmatismus.

Wir haben auch in dem vorliegenden Doppelhaushalt immer wieder erwogen, in welchem Verhältnis die Konsolidierung von Kleinstbeträgen zu dem

strukturellen Schaden steht, den eine Kürzung auslösen kann.

Oder anders: wo der Beitrag zur Sanierung des Haushaltes minimal ist, sollten wir gut überlegen, ob der Schaden für das soziale oder kulturelle Netz nicht unverhältnismäßig ist.

In diesem Sinne bleibt das Volumen für die Förderung der freien Szene stabil, einschließlich der versprochenen Dynamisierung.

Mit gleichem Pragmatismus sollten wir auch die Förderung in den Bereichen Jugend, Soziales und Gesundheit diskutieren.

Wir beschließen einen Doppelhaushalt, um die Zeit zu gewinnen, die wir brauchen, um die notwendigen strukturellen Anpassungen in unserer Stadt umsetzen zu können.

Anpassungen, die uns deutlichere Verbesserungen in den Haushaltsjahren ab 2029 ermöglichen sollen.

Was haben wir vor?

Wir setzen den Weg der Personalkostenkonsolidierung konsequent fort. Möglich wird dies dadurch, dass wir mittlerweile ein hohes Tempo bei der Digitalisierung unserer Leistungen und Prozesse aufgenommen haben. Wir sind die digitalste Stadt in Nordrhein-Westfalen und auf Platz 5 bundesweit. Die ersten erfolgreichen KI-Projekte entlasten uns spürbar.

Wir konzentrieren unsere Investitionen weiter auf die unabweisbaren Bedarfe.

Wir reformieren unsere Beteiligungsverwaltung, um den Konzern Stadt Düsseldorf noch besser steuern zu können und auch unsere Haushaltsziele stärker konzernweit zu unterstützen.

Wir werden die Bau- und Immobilienaufgaben der Stadt überprüfen und effizienter gestalten, unter Einbeziehung der städtischen Töchter.

Wir werden den bei der Rheinbahn

eingeschlagenen Kurs der Modernisierung und Kostenoptimierung begleiten und unterstützen - mit dem Ziel, strukturelle Verbesserungen zu erzielen, die das Defizit reduzieren, ohne das ÖPNV-Angebot zu verschlechtern.

Wir werden das begonnene Projekt der Konsolidierung unserer Museums- und Sammlungslandschaft konsequent zu Ende führen.

Wir werden gemeinsam mit den Mehrheitsfraktionen in den nächsten Wochen ein Haushaltsstabilisierungskonzept vorlegen, das mit dem Haushalt im Dezember beschlossen werden kann.

Wir werden dabei auch auf externe Unterstützung zurückgreifen und einen klaren Pfad definieren, auf dem wir mittelfristig den strukturellen Haushaltsausgleich schaffen werden.

Und wir werden ein Angebot schaffen, damit Sie als Politik sich an diesem Prozess beteiligen können.

Und ganz wichtig:

Wir werden uns weiter kraftvoll für eine bessere, kommunale Finanzausstattung einsetzen. Denn eines ist klar:

Der wesentliche Grund für die strukturellen Defizite der nächsten Jahre liegt darin, dass Bund und Länder den Städten Leistungen auferlegen, ohne deren Finanzierung sicherzustellen.

Und damit dieses Klagelied nicht so abstrakt bleibt, habe ich Ihnen konkrete Zahlen mitgebracht, die die Dimension des Problems verdeutlichen.

Drei Hilfesysteme, die wir alleine finanzieren müssen, obwohl der Bund die Aufgabe definiert:

Hilfe zur Pflege: 68,3 Millionen €

Eingliederungshilfe: 56,4 Millionen €

Hilfe zur Erziehung: 158,4 Millionen €

Bei der Eingliederungshilfe sind die Aufwände um 70% seit 2021 gestiegen, bei der Hilfe zur Pflege um 30%. Das Gesamtvolumen ist 283 Millionen, d.h. 95%

unseres Defizits. Weitere Belastungen folgen aus unserer Beteiligung an Mischsystemen, auf deren Ausgestaltung wir ebenfalls keinen Einfluss haben.

Hilfe zur Gesundheit: 23,9 Millionen €

Hilfe zum Lebensunterhalt: 17,2 Millionen €

Kommunaler Anteil der Kosten der Unterkunft: 67,3 Millionen €

Zusammen weitere 108 Millionen €.

Was ist zu tun? Es gibt grundsätzlich drei Möglichkeiten:

Die Leistungsgesetze werden so geändert, dass wir weniger Aufwand haben.

Der Bund übernimmt die Kosten seiner Leistungsgesetze.

Wir erhalten eine Kompensation unserer Kosten durch eine Neuverteilung von Steuern.

Der Deutsche Städtetag fordert eine Soforthilfe, mit der wir kompensiert werden, bis die sozialen Sicherungssysteme dauerhaft so reformiert sind, dass wir nachhaltig entlastet werden. Die konkrete Forderung lautet: Eine Erhöhung des Umsatzsteueranteils der kommunalen Familie um 10% Punkte. Dies würde Mehrerträge von circa 30 Milliarden € in die kommunalen Kassen bringen. Das wäre der richtige Weg!

Unser Blick richtet sich jedoch nicht allein nach Berlin oder ins Land.

Wir erwarten auch von „unserem“

Landschaftsverband Rheinland, dass er ähnliche Konsolidierungsbemühungen unternimmt, wie seine Mitgliedsstädte. Das ist derzeit noch nicht erkennbar.

Stattdessen liegt aktuell ein Vorschlag für eine Umlageerhöhung auf dem Tisch, der den Haushalt der Stadt Düsseldorf mit bis zu 72 Millionen € pro Jahr zusätzlich belasten würde.

Das ist inakzeptabel.

Es kann nicht sein, dass der Landschaftsverband Rheinland sein Aufgabenportfolio, seine Prozesse und seine Personalkosten nicht hinterfragt und wir den Düsseldorferinnen und Düsseldorfern erklären müssen, wo wir die 72 Millionen € kürzen müssen.

Im Verbund mit fast allen großen Städten im LVR haben wir diese Position deutlich zum Ausdruck gebracht. Und deshalb geht heute auch mein dringender Appell an unsere Vertreter in der Landschaftsversammlung: Stimmen Sie dieser Erhöhung nicht zu.

Sie schadet Düsseldorf.

Soviel zu dem, was wir vorhaben, um auch in Zukunft weiter handlungsfähig zu bleiben.

Doch zurück zum Doppelhaushalt für die Jahre 2027 und 2028 und dazu, was wir auch in schwierigen Zeiten anpacken:

Denn trotz aller Probleme gibt der Haushalt die notwendigen Antworten auf die großen Herausforderungen in unserer Stadt.

Wohnungsbau

Wir treiben den Wohnungsbau in der Stadt voran. An den Zielen der Wohnungsbauoffensive halten wir fest.

Die Krise im Wohnungsbau haben nicht die Städte verursacht, schon gar nicht Düsseldorf. Die Ursachen der Krise sind:

Überregulierung.

Zu hohe Baukosten.

Steigende Zinsen.

Aber wir kommen voran, auch unter schwierigen Marktbedingungen:

16.500 Wohneinheiten befinden sich im Rahmen von Bebauungsplanverfahren in der Vorbereitung.

6.000 Wohneinheiten haben bereits Baurecht und könnten aktiviert werden.

Wohneinheiten können wir durch den Bau-Turbo ermöglichen.

Wir haben nun alle Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Wohnungsbau realisiert werden kann. Mit unserer eigenen SWD gehen wir mit positivem Beispiel voran:

850 Wohneinheiten stellt die SWD in den Jahren des Doppelhaushaltes fertig.

Wir setzen neue Impulse mit den geplanten Veränderungen des Baulandmodells. Wir werden ja voraussichtlich später noch darüber diskutieren.

Dabei ist mir ein Hinweis wichtig: Das Volumen der Wohnungsbauförderung ist nicht unerschöpflich. Wir haben dort in den vergangenen Jahren das Maximale herausgeholt, waren immer ganz vorne mit dabei. Mehr Mittel werden wir angesichts der Bedarfe in anderen Städten kaum generieren können. Deshalb

folgt die Flexibilisierung der starren 50 % Quote einer einfachen Logik: Wenn wir für 100 geförderte Wohnungen 200 Wohneinheiten bekommen, hilft uns das weniger, als wenn daraus 300 Wohneinheiten entstehen.

Im Kern geht es um diesen einfachen Zusammenhang. Denn jede Wohnung zählt. Man mag über die Wirkung des Marktes im Bereich der Mietwohnungen viel diskutieren. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage kann man aber auch auf dem Wohnungsmarkt nicht außer Kraft setzen. Mehr Wohnungen sind der Schlüssel zu stabilen Mieten.

Wir beobachten die Pläne für eine Bundeswohnungsbaugesellschaft sehr genau. Nicht erst mit dem Kabinettsbeschluss im Sommer. Und wir werden vorbereitet sein, wenn hier Instrumente geschaffen werden, die uns helfen können.

Infrastruktur und Substanzerhalt

In einer Phase, in der der Haushalt keine Überschüsse erwirtschaftet, aus denen wir Investitionen

finanzieren können, bedeutet jeder Euro an Investitionen auch einen Euro Kredit. Und solange wir den strukturellen Haushaltsausgleich nicht wieder geschafft haben, wächst unsere Schuldenlast. Trotzdem dürfen wir notwendige Investitionen in die Zukunft unserer Stadt nicht vernachlässigen.

Allein die Verkehrsinfrastruktur und der Bestand unserer Kulturbauten werden uns zwingend große Anstrengungen abverlangen:

Theodor-Heuss-Brücke, Brandschutz in U-Bahnen, Tonhalle, Oper, NRW-Forum.

Wir haben keine andere Wahl, als diese Aufgaben zu erledigen und wir werden dafür Lösungen finden.

Klar ist aber auch: allein unser Programm der unabweisbaren Bedarfe fordert unsere Leistungsfähigkeit aufs Äußerste. Umgekehrt gilt deshalb:

Nicht notwendige Investitionen müssen warten, auch wenn wir sie für wünschenswert halten.

In diesem Sinne stellen wir mit dem Haushalt sicher, dass wir die Substanz der Stadt erhalten und dort modernisieren, wo das erforderlich ist.

Vorbereitung auf den Klimawandel und Hitzeschutz

Der vergangene Sommer hat uns allen noch einmal deutlich gezeigt, vor welche Herausforderungen der Klimawandel uns heute schon stellt. Deshalb investieren wir auch in den kommenden zwei Jahren in die Anpassung unserer Stadt, an das, was zu erwarten ist. Das Programm der Stadtoasen treiben wir voran und legen in den nächsten Etappen noch mehr Wert auf Entsiegelung und mikroklimatische Verbesserungen.

Die Gesundheitsdezernentin hat den Auftrag, weitere Hitzeschutzmaßnahmen vorzubereiten, um im nächsten Sommer besser auf extreme Hitze reagieren zu können.

Und auch der Klimaschutz bleibt ein Schwerpunkt unserer Investitionstätigkeit. Das gilt sowohl für den Kernhaushalt als auch für die Konzerntöchter.

Das ehrgeizige Ziel, konzernweit in dieser Wahlperiode 500 Millionen Euro klimaschutzrelevante Investitionen zu tätigen, werden wir erfüllen.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Als Stadtgesellschaft sind wir eine Gemeinschaft, mit sozialen Orten für alle Menschen, die in Düsseldorf leben. Drogensucht und Obdachlosigkeit, die auch im öffentlichen Raum sichtbar ist, sind Realitäten, die wir in einer Großstadt anerkennen. Das kann im öffentlichen Raum ein Balanceakt sein.

Diese Balance schaffen wir rund um den Hauptbahnhof zur Zeit nicht. Deshalb gehen wir die Situation dort engagiert an:

Mit dem Projekt Sicherheit im Bahnhofsumfeld, kurz SiBU.

Mit dem stadtverträglichen Hilfenetz, als dessen wichtigen Baustein wir die niedrigschwellige Anlauf- und Versorgungseinrichtung in der Eisenstraße umsetzen werden.

Last but not least: die Wirtschaft

Die strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft haben wir in Düsseldorf nicht zu verantworten. Die geopolitischen Schocks für unsere Wirtschaft können wir nicht beeinflussen. Ob die Straße von Hormus geöffnet ist oder nicht, wird leider nicht von uns entschieden.

Wir spüren aber die Auswirkungen sehr deutlich. Was für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch in Düsseldorf, die Sorge um den Arbeitsplatz ist, spiegelt sich in unserem Haushalt in einer sehr verhaltenen Entwicklung der Gewerbesteuerereinnahmen wider.

Die Ansiedlung von Unternehmen wird schwieriger, weil der Standort Deutschland insgesamt unattraktiver geworden ist. Die Pflege und der gute

Service für die hier agierenden Unternehmer wird deshalb immer wichtiger.

Und das gilt für alle Branchen und für alle Größenklassen, vom Gastronom in der Altstadt, über den selbstständigen Handwerker bis hin zu unseren Global Playern, wie etwa der Firma Henkel.

Ich werde sehr darauf achten, dass wir unseren Beitrag leisten, die wirtschaftliche Lage in Düsseldorf stabil zu halten. Und das bedeutet für mich: wir müssen jede Entscheidung daraufhin überprüfen, ob sie der Wirtschaft nutzt oder schadet. Was die Wirtschaft belastet, unterlassen wir.

Das ist der Hauptgrund, warum wir Ihnen einen Haushalt vorlegen, der keine Erhöhung der Gewerbesteuer vorsieht.

Unser wettbewerbsfähiger Hebesatz ist ein wesentlicher Standortvorteil gegenüber anderen Städten. Das haben wir in den letzten Jahren immer wieder bei der Ansiedlung von Unternehmen erfahren dürfen. Gleichzeitig führt der niedrige Hebesatz zu

einem Steueraufkommen, dass im Vergleich zu anderen Städten außergewöhnlich hoch ist.

Wenn wir nicht den Ast absägen wollen, auf dem wir alle sitzen, dann dürfen wir an dieser Stelle nicht wackeln und nicht unzuverlässig werden.

Wir haben die Potenziale, unseren Haushalt auch sozialverträglich zu konsolidieren, noch nicht ausgeschöpft. Deshalb geht mein dringender Appell an Sie: Widerstehen Sie der Versuchung, an der Schraube Gewerbesteuer zu drehen.

Zur Wahrheit gehört auch: Düsseldorf hat noch Potenziale, auch Einnahmen zu verbessern, ohne der Wirtschaft zu schaden. Über diese können wir konstruktiv diskutieren. Ich rate aber dringend davon ab, Steuern zu erhöhen, bevor wir ernsthaft und nachhaltig unsere Ausgabenseite konsolidiert haben.

Meine Damen und Herren, die Verwaltung legt den Haushaltsentwurf jetzt in ihre Hände. Sie werden ihn prüfen, sie werden ihn diskutieren, sie werden ihn wahrscheinlich auch verändern. Behalten Sie dabei

immer das Wohl Düsseldorfs im Auge und helfen Sie mit, unsere Finanzen nachhaltig zu stabilisieren, damit auch künftige Generationen den Spielraum haben, unsere Stadt nach ihren Vorstellungen gestalten zu können.

Meine Damen und Herren,

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung:

der Haushalt ist die finanzielle Grundlage unseres politischen Handelns. In ihm wird sichtbar, welche Prioritäten wir setzen, was wir ermöglichen wollen – und wo die Grenzen des Machbaren liegen.

Deshalb ist der Haushalt immer auch Schauplatz grundsätzlicher politischer Auseinandersetzungen. Und das ist richtig so.

Über diesen Haushalt darf und soll gestritten werden. Sachlich, demokratisch und fair. Über Prioritäten, über Einsparungen und darüber, was wir uns als Stadt noch leisten können und leisten wollen.

Aber eines gehört zur Ehrlichkeit dieser Debatte:

Wer zusätzliche Leistungen verspricht, muss auch sagen, wie sie bezahlt werden sollen.

Wer Einsparungen ablehnt, muss sagen, wo stattdessen konsolidiert werden soll.

Und wer den Menschen in der jetzigen Lage den Eindruck vermittelt, wir könnten einfach alles erhalten, alles finanzieren und zugleich auf jede unbequeme Entscheidung verzichten, der macht es sich nicht nur zu einfach. Er verweigert sich der Verantwortung, die wir für diese Stadt tragen.

Gerade in schwierigen Zeiten sind einfache Antworten verführerisch. Das aktuelle Erstarken der politischen Ränder ist dafür ein trauriger Beweis. Aber ein funktionierender Staat – eine funktionierende Stadt – entsteht nicht durch einfache Antworten. Eine funktionierende Stadt entsteht durch Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – auch dann, wenn Entscheidungen schwierig sind, wenn sie

Zumutungen bedeuten und wenn man dafür keinen Beifall bekommt.

Diese Verantwortung tragen wir gemeinsam.
Verwaltung und Rat, Mehrheit und Opposition. Wir dürfen über den richtigen Weg leidenschaftlich streiten. Aber wir sollten nie vergessen, worum es am Ende geht:

Es geht nicht darum, wer aus einer schwierigen Lage den größten politischen Nutzen zieht, sondern darum, dass unsere Stadt handlungsfähig bleibt.

Daran müssen wir uns messen lassen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen faire und konstruktive Haushaltsberatungen.

Ich danke Ihnen!